

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Fritz Kuhn, Renate Künast, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Alexander Bonde, Ekin Deligöz, Dr. Thea Dückert, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Priska Hinz (Herborn), Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Markus Kurth, Undine Kurth (Quedlinburg), Anna Lührmann, Nicole Maisch, Omid Nouripour, Brigitte Pothmer, Krista Sager, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Dr. Gerhard Schick, Grietje Staffelt, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

- Drucksachen 16/11740, 16/11801 -

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Konjunkturpaket II ist der Versuch der Bundesregierung auf die schwerste weltweite Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten angemessen zu reagieren. Zusammen mit den 30 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket I summiert es sich auf 80 Milliarden Euro, hinzu kommen die 480 Milliarden Euro an staatlichen Bürgschaften für die Banken, sowie der geplante Schutzschirm für die Wirtschaft. Steuergelder in gigantischem Umfang werden nahezu über Nacht bereit gestellt mit dem Ziel, den Totalzusammenbruch der Finanzmärkte zu verhindern und die Folgen der Rezession zu mildern.

Staatliches Eingreifen in dieser tiefen Krise ist notwendig. Doch ist bereits klar, dass die Bundesregierung bei ihrer Reaktion auf die Krise gravierende Fehler gemacht hat. Wenn der Staat in großem Umfang Geld in die Hand nimmt und investiert, dann darf dies nicht nur ein willkürliches Sammelsurium von Maßnahmen sein, die den Status Quo im besten Fall stabilisieren. Die jetzige Rekordneuverschuldung ist vor nachfolgenden Generationen ausschließlich dann zu rechtfertigen, wenn wir jetzt in die Zukunft investieren, also gezielt in jene Bereiche, in denen wir Nachholbedarf haben, in den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze, in Bildung und in soziale Gerechtigkeit. Es gilt, den überfälligen Strukturwandel unserer Wirtschaft zu beschleunigen und die Weichen so zu stellen, dass unser Land im globalen Wettbewerb in 10 Jahren besser und nachhaltig aufgestellt ist. Die Bundesregierung hat es außerdem monatelang versäumt, sich wirksam für eine

internationale Koordination und vor allem ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene stark zu machen.

Die Politik der Bundesregierung ist zukunftsblind. Die Chance, die Überwindung von Wirtschafts- und Klimakrise gemeinsam anzugehen, wird vertan. Auch wirtschaftlich zeugt das Handeln der Bundesregierung von Aktionismus statt Weitsicht. Bereits der Bankenrettungsschirm war falsch konstruiert und erfüllt seine Funktion nicht. Milliarden an Steuergeldern wurden verbrannt, ohne dass eine Kreditklemme verhindert wurde. Der Interbankenhandel liegt weiterhin brach, so dass der Staat mit 18 Mrd. Euro die Commerzbank stützen musste. Die vor einer Komplettverstaatlichung stehende Pleitebank Hypo Real Estate wird mit bisher mehr als 92 Mrd. Euro künstlich am Leben erhalten. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung auf staatlichen Einfluss zur Wahrung der Interessen der Steuerzahler weitgehend verzichtet, obwohl diese mit bis zu 480 Milliarden Euro haften werden. Denn sie hat es versäumt, etwa die Sicherung der Kreditvergabe an die Unternehmen frühzeitig zur Bedingung der Bankenhilfe zu machen. Die Bundesregierung hat eine effektive Teilverstaatlichung der Banken, die sie stützen wollte, vermieden. Das war ein teurer und folgenschwerer Fehler. Auch wer zu welchen Bedingungen staatliche Unterstützung erhält, ist völlig intransparent, weil die Bundesregierung alle Entscheidungen in kleinen Zirkeln ohne angemessene Kontrolle und öffentliche Beteiligung des Parlaments trifft. Im Ergebnis ist kein Ziel des Bankenrettungspakets erreicht. Stattdessen soll ein neu gestrickter Deutschlandsfonds als Schutzschirm für Großunternehmen dienen, die sich nicht mehr refinanzieren können. Doch sind die Refinanzierungsprobleme Folge der Fehler bei der Bankenrettung. Statt einen neuen Schutzschirm aufzuspannen, sollte die Bundesregierung dafür sorgen, dass der Bankenschutzschirm seine Funktion erfüllt und die Wirtschaft durch ein funktionierendes Bankensystem wieder mit Krediten versorgt wird.

Das nun vorliegende Konjunkturprogramm II wird nicht die erhoffte Wirkung entfalten, denn es ist nicht zielgenau, es wirkt nicht nachhaltig und es kommt zu spät.

Die kommunalen Investitionen werden frühestens Ende 2009 oder Anfang 2010 Realität werden, weil die Verteilung der Mittel und die Vergabe der Aufträge seine Zeit braucht. Doch statt mit schnell wirkenden Maßnahmen diese Zeit zu überbrücken, pumpt die Regierung viel zu viel Geld in Vorhaben, die kaum konjunkturelle Effekte nach sich ziehen. Die Senkung der Einkommenssteuer nützt der Hälfte der deutschen Haushalte gar nichts, weil sie keine Einkommenssteuer zahlt. Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener und Rentner gehen leer aus, während hohe Einkommen von der Entlastung am meisten profitieren. Das Konjunkturpaket II ist von daher sozial nicht gerecht. Die Steuersenkung droht wirkungslos zu verpuffen und einzig die Sparquote zu erhöhen. Um in der jetzigen Situation den Konsum tatsächlich anzukurbeln, bedarf es stattdessen einer Erhöhung der ALG-II-Regelsätze auf 420 Euro. Während Gutverdiener das Steuergeschenk aufs Sparkonto packen, werden Langzeitarbeitslose und ihre Familien das zusätzliche Geld direkt ausgeben. Die Regelsatzerhöhung ist also nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern wirkt direkt auf den Konsum.

Ebenso wenig effektiv ist der Zuschuss an das schwarze Loch Gesundheitsfonds, denn eine nachhaltige Senkung der Krankenkassenbeiträge wird damit nicht erreicht. Mit den rund 9 Milliarden Euro, die das kostet, könnte stattdessen in die Entlastung bei den Sozialbeiträgen von Geringverdienern eingestiegen werden. Unsere Fraktion hat mit dem Progressivmodell einen Vorschlag vorgelegt, mit dem Geringverdiener mehr netto in der Tasche und Arbeitgeber einen Anreiz zur Einstellung der besonders von Arbeitslosigkeit bedrohten Geringqualifizierten hätten.

Die soziale Schieflage des Konjunkturpakets zeigt sich auch darin, dass die Regierung sich weiterhin flächendeckenden Mindestlöhnen verweigert. Damit gehen Millionen von Menschen im Niedriglohnsektor beim Konjunkturpaket leer aus.

Alle drei Maßnahmen – Regelsatzerhöhung, Progressivmodell und Mindestlöhne – wirken unmittelbar gegen die Krise, weil sie denen helfen, die das Geld direkt in den Konsum geben.

Steuersenkung und pauschale Abgabensenkung, wie sie die Koalition plant, sind dagegen ziellos verpulvertes Geld und bringen wenig.

Das Programm der Bundesregierung greift auch im Bildungsbereich zu kurz. Nicht nur Schulen und Hochschulen müssen endlich saniert und Kitas räumlich ausgebaut werden. Im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Schulen und der Hochschulen muss vor allem die Qualität verbessert werden. Dazu brauchen wir Bildungsinvestitionen in Köpfe und nicht in nur Beton. Um flächendeckend mehr Qualität und gute Bildungsangebote umsetzen zu können, muss das Kooperationsverbot fallen, das es dem Bund faktisch unmöglich macht, in eines der wichtigsten Zukunftsfelder zu investieren. Mit der Einführung eines Bildungssolis können wir einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung dieser Vorhaben leisten.

Der Bund versäumt es zudem, den Ländern klare Regelungen vorzugeben, damit das Geld auch dort ankommt, wo es am Nötigsten ist: in den finanzschwachen Kommunen. Diese müssen nun auf Drängen der Länder einen Ko-Finanzierungsanteil übernehmen, den gerade diese Kommunen nicht erbringen können. Für die Gemeinden droht das Konjunkturpaket ohnehin zu einem Null-Summen-Spiel zu werden. Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigen, dass sich das Konjunkturpaket von Union und SPD in seinen Wirkungen gegenseitig aufhebt. Das vermeintliche "Herzstück" des Konjunkturpaketes, die kommunalen Investitionshilfen, werden im nächsten Jahr auf bis zu 20 Prozent der Investitionssumme zusammenschrumpfen, weil zugleich die Steuersenkungen die Finanzkraft der Länder und der Kommunen enorm schwächen werden.

Die große Koalition bedient Lobbyinteressen, statt jetzt gezielt in all das zu investieren, was unsere Wirtschaft nachhaltig macht. Sie gibt Geld für den Bau neuer Straßen – in Zeiten einer schrumpfenden Gesellschaft. Die Abwrackprämie entzückt die Autohändler – doch weil sie nicht an den Kauf spritsparender Autos gebunden ist, fehlt die ökologische Lenkungswirkung und wird sie sich als kurzes Strohfeuer entpuppen. Bei der Kfz-Steuerreform verzichtet die Regierung darauf, Spritschleudern angemessen zu belasten – und finanziert die ausfallenden Einnahmen über neue Schulden. Auch die Kfz-Steuerbefreiung für alle Neuwagen, die bis Mitte 2009 erstmals zugelassen werden, ist ökologischer Wahnsinn und verhindert die notwendige Neuausrichtung bei den deutschen Autobauern. Stattdessen betreibt die Koalition strukturkonservierende Industriepolitik für den Automobilsektor. Mit den Instrumenten des letzten Jahrhunderts kann der Aufbruch, den wir brauchen nicht gelingen.

Um den Umbau zur grünen Marktwirtschaft zu beschleunigen, müssen wir in die Infrastruktur von morgen investieren. Wir brauchen jetzt Investitionen in moderne Strom-, Wärme- und Abwassernetze statt in Lande- und Autobahnen. Das bringt einen Jobboom bei den grünen Berufen, schützt die Umwelt und bereitet den Weg für das prognostizierte Wachstum der Erneuerbaren Energien. Die Infrastruktur der Zukunft verlangt zudem den Ausbau des Internet-Breitbandnetzes. Dazu bedarf es eines fairen Wettbewerbs der technischen und ökonomischen Lösungen zu Gunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die angekündigte Breitbandstrategie der Bundesregierung fördert stattdessen alte Monopolstrukturen. Wir können jetzt den ökologischen Umbau unseres Verkehrssystems vorantreiben, indem wir jetzt in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Schienennetzes investieren. Mit einem Energiesparfonds fördern wir die energetische Sanierung von Wohngebäuden in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte. Auch die Förderung des ländlichen Raums und den Naturparks trägt zur nachhaltigen Entwicklung bei. So schaffen wir nicht nur Arbeit in der Krise sondern einen Mehrwert, von dem auch kommende Generationen profitieren.

Das Konjunkturpaket II treibt die Neuverschuldung in ungeahnte Höhen. Spätestens 2010 wird der europäische Stabilitätspakt gerissen. Für zukünftige Generationen wird nur der Schuldenberg erhöht: Die Bundesregierung rechnet mit einer offiziellen Neuverschuldung von 36,8 Milliarden Euro. Darin ist allerdings weder das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" von 21 Milliarden Euro noch die in Milliardenhöhe erwarteten Ausfälle des

Finanzmarktstabilisierungsfonds (Soffin) enthalten. Insgesamt ist für dieses Jahr mit einer Neuverschuldung des Bundes von über 73,4 Milliarden Euro zu rechnen.

Doch CSU und FDP ist das nicht genug: Sie wollen weitere Steuersenkungen und gleichzeitig fordern sie ein absolutes Schuldenverbot. Das ist ökonomischer Unsinn und würde dauerhaft Löcher in die Etats von Ländern und Kommunen reißen, die durch kein Investitionsprogramm gestopft werden können und langfristig ihre Handlungsfähigkeit gefährden.

Die Koalition hat angekündigt, noch in dieser Wahlperiode eine Schuldenbremse für das Jahr 2020 zu beschließen. Jetzt einen gigantischen Schuldenberg anzuhäufen, aber erst 2020 eine Schuldenbremse in Kraft zu setzen, ist eine Mogelpackung zulasten künftiger Generationen. Wer ernsthaft den Weg in den Schuldenstaat stoppen will, kann sich nicht noch eine Hintertür für weitere elf Jahre muntere Verschuldung sichern. Wir brauchen eine Schuldenbremse ab 2010. Sie muss so ausgestaltet sein, dass in klar definierten Ausnahmesituationen, wie z.B. der gegenwärtigen Krise, weiterhin außerordentliche Kredite und damit steuernde Konjunkturpolitik möglich sind. Auch in der Krise kann die Schuldenbremse in Kraft treten und in Kraft bleiben, denn wenn sie nicht immer funktionieren kann, dann funktioniert sie nie. Länder und Gemeinden, die überdurchschnittliche Zinslasten tragen, müssen für einen begrenzten Zeitraum eine finanzielle Entlastung erhalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein Konjunkturpaket vorzulegen, dass in die Bereiche Klima, Gerechtigkeit und Bildung investiert mit folgenden Schwerpunkten:
 - Investitionsprogramme, die auf die Finanzlagen der Kommunen zugeschnitten sind, einschließlich direkter Investitionshilfen für besonders finanzschwache Städte und Gemeinden - gemeinsam mit den Ländern;
 - Aufheben des Kooperationsverbots, um Investitionen des Bundes in Zukunftsbereiche wie Bildung zu ermöglichen;
 - Auflegen eines Programms für eine Altschuldenhilfe gemeinsam mit den Ländern für solche Städte und Gemeinden, die sich aus eigener Kraft nicht mehr aus der Überschuldung befreien können. Ein Teil der freiwerdenden Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag sollte hierfür umgelenkt werden;
 - Auflegen eines Energiesparfonds, der einkommensschwache Haushalte durch Einsparungen beim Energieverbrauch entlastet, und Stärkung der Energieberatung;
 - Investitionen für den Ausbau von ÖPNV, Schiene und Radverkehr;
 - Eine ökologische Reform der Kfz-Steuer, durch die besonders spritsparende Fahrzeuge von der Steuer befreit und Autos mit hohem Spritverbrauch stärker besteuert werden. Die Abwrackprämie muss zwingend an ökologische Kriterien gebunden werden;
 - Sanierung bzw. Ausbau der Wärme-, Strom- und Abwassernetze;
 - Auflegen eines Marktanzreiz- und Infrastrukturprogramms für Elektromobilität;
 - Aufstockung und Qualifizierung der Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung;
 - Ermöglichung von Investitionen in kulturelle Institutionen und die Kreativwirtschaft;
 - Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz für jedes Kind ab Vollendung des ersten Lebensjahres und Investitionen in die Qualitätsverbesserung durch mehr und besser ausgebildete Fachkräfte;
 - Aufstockung des Ganztagschulprogramms und Entwicklung aller Schulen bis 2020 zu gebundenen Ganztagschulen mit individueller Förderung von Kindern und Jugendlichen;

- Investitionen und Personalmittel für 230.000 zusätzliche Studienplätze bis 2010, um allen Studierwilligen einen Studienplatz anbieten zu können;
- Einführung eines Bildungssolis aus freiwerdenden Mitteln des Solidaritätszuschlags, um den nötigen Ausbau der Bildungsinfrastruktur voran zu bringen;
- Anheben der Regelsätze für Sozialleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII sofort auf 420 Euro anzuheben. Darüber hinaus sind die Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf eine neue Berechnungsgrundlage zu stellen, die den altersspezifischen und besonderen entwicklungsbedingten Bedarf berücksichtigt;
- Umsetzung des Grünen Progressiv-Modells, um die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gezielt und spürbar zu senken. Damit wird erst ab einem Bruttoeinkommen oberhalb von 2 000 Euro die volle Last der Sozialversicherungsabgaben von zusammen rund 40 Prozent anfallen. Für alle Einkommen bis 2 000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen. Das schafft Arbeitsplätze und entlastet Arbeitnehmer mit niedrigen Gehältern;
- Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen. Es ist unverzüglich eine Mindestlohn-Kommission nach dem Vorbild von Großbritannien einzurichten, die mit Sozialpartnern und Wissenschaftlern Empfehlungen für die Höhe von Mindestlöhnen erarbeitet und einführt;
- Für die zusätzliche Verschuldung, die jetzt aufgenommen werden muss, um die schwere wirtschaftliche Krise zu überwinden, ist ein verbindlicher Tilgungsplan vorzulegen;
- Bereits ab 2010 ist eine Schuldenbremse umzusetzen, die durch einen solidarischen Ausgleich zwischen den Gebietskörperschaften allen Ländern einen realistischen Weg zur Schuldenbegrenzung eröffnet.

Berlin, den 11. Februar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

elektronische Vorabfassung